

Auf verlorenem Posten

von Reiner Bernstein*

Nun hat also auch der Europäische Rat einen eigenen Nahost-Beauftragten. Am 23. Januar haben sich die 27 Außenminister auf Andreas Reinecke verständigt, der bislang die Bundesregierung in Syrien vertrat und allseits als ein versierter und geschätzter Kenner der Region bekannt ist, in Ramallah, im Berliner Auswärtigen Amt und andernorts.

Die „internationale Staatengemeinschaft“ verfügt nunmehr über drei hochrangige Persönlichkeiten, die das Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts diplomatisch ins Visier nehmen sollen: in Brüssel die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Catherine Ashton, beim Nahost-Quartett Tony Blair und nun Andreas Reinecke – nicht zu vergessen den UN-Botschafter der Vereinten Nationen Robert Serry. Die versammelte Kompetenz könnte die Vorstellung nähren, die Einsicht habe sich durchgesetzt, dass für London, Paris und Berlin die Zeit einer tragfähigen Zweistaatenregelung gekommen sei – wären da nicht die deprimierenden Erkenntnisse, die Machmud Abbas von seiner jüngsten Reise durch Europa mit nach Hause bringt und die sich, ihn paraphrasierend, in dem bitteren Satz zusammenfassen ließen „Außer Spesen nichts gewesen“.

Denn der einem Staatsoberhaupt zukommende Respekt, den Abbas persönlich genießen mochte, ändert nichts am geringen Ertrag seiner Gespräche. Die europäischen Regierungschefs lassen zwar mehr denn je keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie Benjamin Netanjahu nicht über den Weg trauen; gezielt gestreute Indiskretionen belegen diese Einschätzung. Ashton und Blair sind in diesen Tagen erneut vor Ort und wollen politische Fortschritte erreichen, die sich bei den israelisch-palästinensischen Gesprächen

* Abgeschlossen am 24. Januar 2012.

in Amman einstellen sollen. Doch es käme einem phantastischen Wunder gleich, wenn ihre Arbeit sichtbare Früchte tragen würde – dem „vorsichtigen Optimismus“ von König Abdullah II. zum Trotz.

Dem 21-Punkte-Plan, den die israelische Delegation in der jordanischen Hauptstadt vorgelegt hat, fehlt dem Vernehmen nach jede politische Substanz. Und dass das Quartett der israelischen Regierung entgegen der eigenen Vorgabe vom 23. September 2011 eine weitere Dreimonatsfrist eingeräumt hat, bis zu der sie sich detailliert zu künftigen Grenzen und Sicherheitsproblemen äußern soll, ist nach allen einschlägigen Erfahrungen ein schlechtes Omen. Vorsorglich haben die israelischen Behörden schon einmal den diplomatischen Reisepass von Machmud Abbas auf eine Zweimonatsgeltung verkürzt, natürlich aus „Sicherheitsgründen“. Die nächste Ankündigung, dass die palästinensischen Gebiete kein ernsthafter Verhandlungsgegenstand seien, wird nicht lange auf sich warten lassen.

Es ist zu befürchten, dass Andreas Reinecke wie der Belgier Marc Otto vor ihm und Ashton und Blair parallel auf dem verlorenen Posten des Status quo landet. Dafür werden die Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten erneut zu Tage treten, auf dass sich die Abgeordneten in den nationalen Parlamenten – wie gehabt im Blick auf den Europäischen Auswärtigen Dienst – die Haare raufen. Es sei denn, ihre Regierungen ergreifen Maßnahmen, um Netanjahu und seinem Rechtsaußen-Kabinettt durch Verschärfung der Gangart das Recht auf politische Narrenfreiheit streitig zu machen – um der Zukunft des israelischen und des palästinensischen Volkes willen. Schon jetzt käme es einer nahöstlichen Katastrophe gleich, wenn es der Regierung in Jerusalem gelänge, den Konflikt mit Syrien und Iran als Ablenkung von der eigenen Verantwortung zu manipulieren.

Zur Abwechslung ein bescheidener Vorschlag nach dem erneuten Scheitern der israelisch-palästinensischen Gespräche in Amman am

25. Januar: Wie wäre es, wenn sich – um der offenkundigen Ohnmacht abzuhelpen – die vier Repräsentanten Ashton, Blair, Reinecke und Serry zusammensetzen würden, um ihre Vorstellungen von einem Frieden zwischen beiden Völkern auszutauschen und vielleicht sogar eine koordinierte diplomatische Initiative zu verabreden? Sie hätte den Charme, dass das Wort von der internationalen Staatengemeinschaft Sinn und Substanz bekommen könnte.

Nachtrag: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat Guido Westerwelle am 05. Februar nach dem Doppelveto einer Resolution durch Russland und China am 03. Februar im UN-Sicherheitsrat eine „internationale Kontaktgruppe“ für Syrien mit Frankreich, der Arabischen Liga und der Türkei gefordert. Auch Frankreichs Präsident François Sarkozy teilt diese Idee. Es bleibt zu hoffen, dass die Idee der Koordination von Politik und Diplomatie auf den israelisch-palästinensischen Konflikt übergreift.
